

Rahmenvertrag

Zwischen der

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz
Holzhofstraße 4
55116 Mainz

nachfolgend „Auftraggeberin“ genannt

und

[wird nach Zuschlag eingefügt]

Name

Anschrift

Ort

nachfolgend „Auftragnehmerin“ genannt.

Zusammen die „Parteien“ und jede einzelne als „Partei“ bezeichnet.

Inhalt

Präambel	3
§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Änderung der Leistung	4
§ 3 Prüfungsergebnisse	5
§ 4 Ansprechpersonen	5
§ 5 Prüfungsplan	6
§ 6 Vereinbarung nach den Grundsätzen guter Unternehmensführung	6
§ 7 Vergütung, Zahlungsbedingungen	6
§ 8 Haftung, Schadensersatz	8
§ 9 Vertraulichkeit, Datenschutz, Compliance und E-Mail Nutzung	8
§ 10 Vertragslaufzeit und -beendigung	9
§ 11 Vertragsbestandteile	10
§ 12 Schlussbestimmungen	11

Anlagen:

1. Ausschreibungsgegenstand (Vergabeunterlagen, inkl. Leistungsbeschreibung) (Anlage 1);
2. das Angebot der Auftragnehmerin, inklusive Preisblatt und Angebotspräsentation (Anlage 2);
3. Muster Einzelauftrag (Anlage 3)
4. die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 („AAB-WP“) (Anlage 4)
5. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, Teil B – Fassung 2003 (VOL/B). (Anlage 5).
6. Erklärung zur Unabhängigkeit der Auftragnehmerin (Anlage 6).

Präambel

Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung wurde die Eignung der Auftragnehmerin anhand der Erfüllung der Eignungskriterien nachgewiesen und das Angebot anhand der Zuschlagskriterien als das wirtschaftlichste Angebot ermittelt.

Die die Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung („Ausschreibungsgegenstand“) – Bestandteil dieses Rahmenvertrags als Anlage 1 – sowie das Angebot der Auftragnehmerin inklusive Preisblatt – Bestandteil dieses Rahmenvertrags als Anlage 2 - stellen die Grundlage dieses Rahmenvertrags dar.

Vor diesem Hintergrund schließen die Parteien folgenden Rahmenvertrag:

§ 1 Vertragsgegenstand

1. Dieser Rahmenvertrag enthält allgemeine Bestimmungen für die Erbringung von Werk- und Dienstleistungen, die die Auftragnehmerin gegenüber der Auftraggeberin auf der Grundlage von Einzelverträgen erbringen wird. Dieser Rahmenvertrag begründet für die Auftraggeberin keine Verpflichtung zum Abschluss von Einzelverträgen. Vielmehr steht die Beauftragung der Auftragnehmerin zur gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung des Jahresabschlusses der Auftraggeberin und ihrer Tochtergesellschaften in den einzelnen Geschäftsjahren 2027 bis einschließlich 2031 unter der Bedingung, dass die Beauftragung jährlich durch das jeweils zuständige Organ auf der Grundlage eines Beschlusses des zuständigen Organs über die Bestellung des Jahresabschlussprüfers für das jeweilige Geschäftsjahr erfolgt und die Leistungserbringung gesetzlich zulässig ist sowie die berufsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.
2. Gegenstand des Rahmenvertrages sind die gesetzlichen oder freiwilligen Jahresabschlussprüfungen, prüfungsnahe Leistungen sowie Zusatzleistungen in Form von Anfragen im Zusammenhang mit dem jeweils zu erstellenden Abschluss

sowie unterjährige Unterstützungsleistungen. Die in Betracht kommenden Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.

3. Die Bestellung für die Jahresabschlussprüfung (vgl. Prüfungsleistungen gem. Ziffer 1. der Leistungsbeschreibung) erfolgt jedes Jahr neu durch den Verwaltungsrat der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz als hierfür zuständiges Organ. Weitere Leistungen (vgl.: Ziffer 1.7. sowie 2 der Leistungsbeschreibung) werden bei Bedarf beauftragt.
4. Alle Prüfungen erfolgen nach den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen in ihrer jeweils gültigen Fassung und sind unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung (vgl. Prüfungsstandards und Prüfungshinweise des IDW) vorzunehmen. Die Prüfungen sind so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss (unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung) und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

§ 2 Änderung der Leistung

1. Leistungsänderungen werden insbesondere dann notwendig, wenn sich wesentliche Änderungen bei den gesetzlichen oder regulatorischen Änderungen an die Jahresabschlüsse ergeben.
2. Eventuelle Leistungsänderungen werden erst mit Unterzeichnung einer schriftlichen Ergänzung zum Einzelvertrag zwischen den Parteien verbindlich, welche gegebenenfalls die Beschreibung des geänderten Leistungsumfangs, die Vergütung, die Zeitpläne und Ausführungslisten sowie gegebenenfalls sonstige vertragliche Regelungen beinhalten. Eine eventuell notwendige Leistungsänderung ist der Auftraggeberin spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit anzuzeigen.

§ 3 Prüfungsergebnisse

1. Die Auftragnehmerin berichtet über die Prüfung in dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfang gem. § 321 HGB sowie der Prüfungsberichtsverordnung. Entsprechend dem Ergebnis der Prüfung und unter Berücksichtigung der einschlägigen berufsständischen Vorgaben (insbesondere der IDW-Prüfungsstandards) erteilt die Auftragnehmerin einen Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB.
2. Die Auftragnehmerin wird zudem ihren Berichtspflichten gem. Leistungsbeschreibung beachten.

§ 4 Ansprechpersonen

1. Seitens der Auftraggeberin steht Herr Volkmar Schulz als Ansprechperson für die Auftragnehmerin zur Verfügung. Die Kontaktdaten werden mit dem Zuschlagsschreiben bekanntgegeben.
2. Seitens der Auftragnehmerin steht Frau / Herr _____ als Ansprechperson für die Auftraggeberin zur Verfügung. Die Kontaktdaten werden mit dem der Bestätigung des Zuschlagsschreibens bekanntgegeben.
3. Die laufende Betreuung Auftraggeberin gewährleistet die Auftragnehmerin durch einen Prüfungsleiter/in, der/die ab Vertragsbeginn bzw. mit Aufnahme der Prüfungstätigkeit überwiegend vor Ort präsent oder jederzeit über E-Mail/Telefon erreichbar ist.
4. Für die Durchführung der Leistungen setzt die Auftragnehmerin entsprechend qualifiziertes und geeignetes Personal ein. Die Auftragnehmerin ist bestrebt, das Prüfungsteam über die Laufzeit des Rahmenvertrages möglichst unverändert zu lassen, um den Einarbeitungsaufwand zu minimieren.

§ 5 Prüfungsplan

1. Der zeitliche Rahmen zur Durchführung der Prüfung sowie die Einzelheiten der von der Auftragnehmerin einzuhaltenden Fristen werden jährlich mit Auftraggeberin in einem Prüfungsplan festlegt.
2. Für die Durchführung der Prüfungen sind entsprechende Zeitpläne mit der Organisationseinheit Finanzen, insbesondere mit der Organisationseinheit Rechnungswesen und den anderen zuständigen Bereichen abzustimmen.

§ 6 Vereinbarung nach den Grundsätzen guter Unternehmensführung

1. Die Auftragnehmerin wird eine Erklärung zu ihrer beruflichen Unabhängigkeit abgegeben, die dem Rahmenvertrag als Anlage 6 beizufügen ist. Eine solche Erklärung ist jährlich vor erneuter Bestellung abzugeben.
2. Die Auftragnehmerin wird den Vorsitzenden des Verwaltungsrates unverzüglich unterrichten, wenn während der Prüfung mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe auftreten, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.
3. Die Auftragnehmerin wird unverzüglich über alle für die Aufgaben des Verwaltungsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse dem Verwaltungsrat und dem Vorstand berichten, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben.
4. Die Auftragnehmerin oder eine von Ihr benannte Vertretung nimmt auf Wunsch des Verwaltungsrates an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

§ 7 Vergütung, Zahlungsbedingungen

1. Die Berechnung des Honorars der Auftragnehmerin erfolgt auf Grundlage der diesbezüglichen Regelungen im Preisblatt des Angebotes der Auftragnehmerin für die Durchführung der Jahresabschlussprüfung der Auftraggeberin für die Jahre 2027

bis 2031, das insoweit Bestandteil dieses Vertrages ist, für den gesamten unter §1 angegebenen Leistungsumfang.

2. Die Erstattung der Auslagen richtet sich nach den Allgemeinen Auftragsbedingungen (AAB) für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Auslagen (z.B. Spesen, Übernachtungs- und Reisekosten etc.) werden über den Ansatz im Preisblatt hinaus nicht gesondert vergütet. Die Auftragnehmerin ist an die in den einzelnen Verträgen angegebenen Preise bis zur letztmaligen Verlängerung für das Abschlussjahr 2031 gebunden.
3. Die Rechnungsstellung erfolgt jährlich, nach Übergabe des Prüfungsberichtes an die Auftraggeberin.
4. Abschlagszahlungen für die Prüfung der ISB sind nach Abschluss wesentlicher Prüfungshandlungen nach vorheriger Abstimmung mit der Auftraggeberin möglich.
5. Das Honorar wird - so- weit nicht anders vereinbart - gegen Rechnungsstellung und 28 Tage ab Zugang der Rechnung bei der Auftraggeberin fällig. Nach Abschluss der Tätigkeit wird die Auftragnehmerin über die erbrachten Leistungen eine Schlussrechnung erstellen.
6. Die Auftragnehmerin weist im Rahmen der Rechnungen den Umfang der Tätigkeit des Prüfers, das Honorar sowie eine kurze Tätigkeitsbeschreibung aus und übergibt sie der Auftraggeberin. Nicht nachgewiesene Tätigkeiten sind von der Auftraggeberin nicht zu vergüten.
7. Sollte sich ausnahmsweise eine Überschreitung des festgelegten Honorars abzeichnen - etwa wenn sich der Prüfungsumfang aus unvorhersehbaren Gründen erweitert - wird die Auftragnehmerin die Auftraggeberin unverzüglich informieren.
8. Bei einem geringeren als dem geschätzten, Prüfungsaufwand wird die Auftragnehmerin nur den tatsächlich geleisteten Prüfungsaufwand gemäß der im Preisblatt (in Anlage 1) angegebenen Beträge abrechnen.

§ 8 Haftung, Schadensersatz

1. Die Haftung der Auftragnehmerin bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB, sowie den Allgemeinen Auftragsbedingungen (AAB) für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01.01.2024.
2. Die Auftragnehmerin weist bei Abschluss des Rahmenvertrages nach, dass sie eine marktübliche Berufshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedstaat der EU mit der Mindestdeckung in der gem. § 323 Abs. 2 HGB geforderten Höhe je Schadensereignis, einfach maximiert, je Prüfung, abgeschlossen hat.
3. Die Auftragnehmerin wird den Versicherungsschutz bis zum Ende des Vertragsverhältnisses aufrechterhalten. Kommt die Auftragnehmerin dieser Verpflichtung nicht nach, ist die Auftraggeberin nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zur außerordentlichen Kündigung des Rahmenvertrags berechtigt. Weitergehende Ansprüche der Auftraggeberin, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

§ 9 Vertraulichkeit, Datenschutz, Compliance und E-Mail Nutzung

1. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, alle im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages zur Kenntnis gelangten Daten und Informationen, ob mündlich oder auf sonstigen Trägermedien, insbesondere unter Beachtung der gesetzlichen und berufsrechtlichen Regelungen, vertraulich zu behandeln, sorgfältig aufzubewahren, nicht weiterzugeben oder Dritten auf sonstige Weise zugänglich zu machen, nur dann zu vervielfältigen soweit zur Vertragsdurchführung erforderlich sowie ausschließlich zur ordnungsgemäßen Vertragsdurchführung zu nutzen.
2. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich insbesondere zur Beachtung des Bankgeheimnisses, der einschlägigen Bestimmungen des Datenschutzes, insbesondere des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung). Die Auftragnehmerin trifft angemessene

technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten und sonstiger Informationen i. S. d. Ziffer 1.

3. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die Bestimmungen zu Insiderinformationen und Insidergeschäften nach Art. 7ff. und insbesondere auch Art. 14 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (Marktmissbrauchsverordnung) einzuhalten.
4. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich und schriftlich zu benachrichtigen, soweit er die Einhaltung der Verpflichtungen nach den Ziffern 1 bis 3 nicht mehr gewährleisten kann.
5. Im Falle der Beendigung dieses Vertrages bzw. auf Anforderung der Auftraggeberin wird die Auftragnehmerin, vorbehaltlich gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, alle Daten, Dokumente oder sonstigen Trägermedien der Auftraggeberin unverzüglich an die Auftraggeberin herausgeben bzw. zu löschen. Ein diesbezügliches Zurückbehaltungsrecht der Auftragnehmerin ist ausdrücklich ausgeschlossen.
6. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, seine Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen gemäß den Ziffern 1 bis 5 zu verpflichten.
7. Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von sämtlichen gegen sie gerichteten Schadensersatzansprüchen frei, soweit diese auf einer von ihm zu vertretende Verletzung seiner Verpflichtungen nach dieser Ziffer 1 beruhen.
8. Die Parteien können Informationen in Zusammenhang mit diesem Rahmenvertrag auch in Form von E-Mails versenden. Jede Partei wird - soweit erforderlich - E-Mails verschlüsseln. E-Mails erfüllen nicht das Schriftformerfordernis.

§ 10 Vertragslaufzeit und -beendigung

1. Dieser Rahmenvertrag beginnt mit den Prüfungshandlungen für das Geschäftsjahr 2027 und endet spätestens automatisch nach Abschluss der Prüfungen des Geschäftsjahres 2031, ohne dass es einer gesonderten Kündigung durch die Vertragsparteien bedarf.

2. Die Auftraggeberin hat das Recht den Rahmenvertrag jährlich zum 31.12. des laufenden Jahres zu kündigen. Die Kündigungserklärung muss bis zum 30.09. des laufenden Jahres bei der Auftragnehmerin eingegangen sein.
3. Darüber hinaus ist die Auftraggeberin im Rahmen des rechtlich Zulässigen zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.
4. Nach Zugang einer Kündigung führt die Auftragnehmerin die laufenden Arbeiten gemäß Einzelvertrag ordnungsgemäß zu Ende, es sei denn, die Auftraggeberin spricht eine gegenteilige Anweisung aus. § 8 dieses Rahmenvertrages bleibt hiervon unberührt.
5. Die Auftragnehmerin ist nach den Vorgaben des § 318 Abs. 6 HGB zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

§11 Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten in folgender Reihenfolge:

1. dieser Rahmenvertrag;
2. Ausschreibungsgegenstand (Vergabeunterlagen und Teilnahmeunterlagen, inkl. Leistungsbeschreibung) (Anlage 1);
3. das Angebot des Bieters inklusive ausgefülltem Preisblatt (Anlage 2);
4. die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 („AAB-WP“) (Anlage 4)
5. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, Teil B – Fassung 2003 (VOL/B). (Anlage 5).
6. Erklärung zur Unabhängigkeit der Auftragnehmerin (Anlage 6).

§12 Schlussbestimmungen

1. Die Anlagen sind wesentliche Bestandteile dieses Rahmenvertrages. Mündliche oder schriftliche Nebenabreden zu diesem Rahmenvertrag bestehen nicht.
2. Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Rahmenvertrages bedürfen der schriftlichen Vereinbarung der Parteien. Das Schriftformerfordernis gilt auch für die Aufhebung, Änderung oder Ergänzung dieser Schriftformklausel. Dies gilt vorbehaltlich der Maßgabe, dass für Erklärungen, die nicht den Bestand dieses Rahmenvertrages oder die Aufhebung der Formvorschriften betreffen, z.B. Verschiebungen des Terminplans, die Textform im Sinne des § 126 b BGB genügt.
3. Die Auftragnehmerin ist zur Abtretung oder Übertragung von Forderungen aus diesem Rahmenvertrag nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin berechtigt. Die Auftragnehmerin ist zur Aufrechnung oder Zurückbehaltung nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen berechtigt.
4. Sämtliche Veröffentlichungen, z.B. in Presse, Rundfunk, Fernsehen und Internet, durch die Auftraggeberin oder die Auftragnehmerin bzw. ihre Mitarbeiter über diesen Rahmenvertrag, einschließlich Veröffentlichungen zu Werbezwecken, sind von der Auftraggeberin und der Auftragnehmerin vor der Veröffentlichung abzustimmen. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder behördlicher Anordnungen von den Parteien verlangt werden.
5. Dieser Rahmenvertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle in Verbindung mit dem Rahmenvertrag oder den Einzelverträgen entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist der Sitz der Auftraggeberin, Mainz.
6. Die Vertragssprache ist deutsch. Der Schriftwechsel zwischen den Vertragsparteien ist in deutscher Sprache abzufassen.
7. Sollte eine Bestimmung dieses Rahmenvertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die Parteien sind in einem solchen Falle verpflichtet, an der Schaffung von Bestimmungen mitzuwirken, durch die ein der unwirksamen Bestimmung wirtschaftlich möglichst

nahekommendes Ergebnis rechtswirksam erzielt wird. Das Vorstehende gilt für die
Schließung etwaiger Vertragslücken entsprechend.

Mainz, den _____

_____, den _____

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft